

Eingangsvermerk/Eingangsstempel



zutreffendes
bitte ankreuzen

Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum
Naumburger Str. 98, 07743 Jena

Zweigstelle Gera
Burgstraße 5
07545 Gera

Zweigstelle Gotha
Hans-C.-Wirz-Straße 2
99867 Gotha

Zweigstelle Meiningen
Frankental 1
98617 Meiningen

Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung und der Revitalisierung von Brachflächen (FR ILE/REVIT) v. 17.04.2018 (ThürStAnz Nr. 20/2018, S. 571 – 582) i. d. F. v. 12.12.2018 (ThürStAnz Nr. 4/2019, S. 261)

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

- Dorferneuerung und -entwicklung
- Einrichtungen für lokale Basisdienstleistung
- Pläne für die Entwicklung ländlicher Gemeinden

I. Allgemeine Angaben des Antragstellers

Personenident (PI):
(soweit vorhanden)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Name, Vorname / Bezeichnung ¹ :			
Rechtsform ² :			
gemeinnützig ³ :	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
Name, Vorname des gesetzlichen Vertreters ⁴ /Bevollmächtigten ⁵ :			
Geburtsdatum ⁶ : Gründungs- /Eheschließungsdatum ⁷ :			
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort/Ortsteil):			
Telefon:		Fax:	
Mobil:		E-Mail:	

¹ Alle Eigentümer des Objekts bzw. Flurstücks des Vorhabens angeben.

² z. B. e. V., Stiftung, GmbH, GbR, e. K., usw.

³ Nachweis ist beizufügen.

⁴ Für Gemeinden, Unternehmen, Vereine, etc.

⁵ Für Eigentümergemeinschaften, Erbengemeinschaften, etc.

⁶ Für natürliche Personen.

⁷ Für Unternehmen oder sonstige juristische Personen des Privatrechts; bei Erbengemeinschaften das Sterbedatum des Erblassers, bei Eheleuten das Eheschließungsdatum.

II. Antragsgegenstand

1. Angaben zum Vorhaben:

Vorhabenbezeichnung:		
Geplanter Vorhabenzeitraum:	Beginn:	Ende:
Objekt:		
Objektadresse:		
Gemarkung, Flur, Flurstück:		
Innerhalb der Ortslage:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Derzeitige Nutzung:		
Spätere Nutzung:		

2. Beschreibung des Vorhabens:

Das geplante Vorhaben und die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag detailliert darzustellen.

III. Finanzierungsplan⁸ (brutto/netto)⁹

1. Ausgaben	in EUR
1.1. geplante Gesamtausgaben: (lt. beigefügten Kostenangeboten/Kostenberechnungen)	
○ abzüglich nicht zuwendungsfähige Ausgaben: (z. B. Skonti, Rabatte, Fertigstellungs- u. Entwicklungspflege LP 9 der HOAI, anderweitig geförderte Ausgaben)	
1.2. geplante zuwendungsfähige Gesamtausgaben:	
2. Finanzierung der Gesamtausgaben	in EUR
2.1. Fördersatz in %:	
2.2. beantragte Zuwendung: (geplante zuwendungsfähige Gesamtausgaben x Fördersatz)	
2.3. Finanzierungsmittel von Dritten ¹⁰ :	
2.4. andere öffentliche Zuwendungen ¹¹ :	
2.5. Eigenanteil: (inkl. zweckgebundene Drittmittel zur Reduzierung des Eigenanteils)	
○ davon Eigenmittel ¹² :	
○ davon durch Dritte getragen ¹¹ :	
○ davon Darlehen ¹³ :	
2.6. Summe Finanzierungsmittel:	
3. Zur Finanzierung wird eine Zuwendung beantragt:	in EUR
Für das Jahr 20..... i. H. v.:	
Für das Jahr 20..... i. H. v.:	
Für das Jahr 20..... i. H. v.:	

IV. Erklärungen des Antragstellers

1. Allgemeine Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

- 1.1. mir/uns bekannt ist, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung besteht.
- 1.2. ich/wir mit dem Vorhaben noch nicht begonnen habe/n und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Beginns beginnen werde/n. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnen-

⁸ Bitte keine Felder leer lassen. Wenn Feld für Sie nicht zutrifft bitte „0“ eintragen oder Feld streichen „-“.

⁹ Bei vorsteuerabzugsberechtigten Antragstellern: Angaben ohne Umsatzsteuer (netto).

¹⁰ Sofern sie nicht zur Reduzierung des Eigenanteils genutzt werden, z. B. nicht an den Zweckbindungszweck gebundene Spenden; entsprechende Nachweise und Erklärungen der Dritten sind beizufügen. Diese Mittel führen zur Verringerung der zuwendungsfähigen Ausgaben.

¹¹ Art und Herkunft der Mittel nachweisen.

¹² Wenn Eigenmittel >10.000 €, dann entsprechende Nachweise beifügen, bzw. Stellungnahme Kommunalaufsicht.

¹³ Entsprechende Kreditbereitschaftserklärungen sind beizufügen.

den Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck des Vorhabens. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass ein Vorhabenbeginn vor Erteilung des Zuwendungsbescheides die Förderung ausschließt bzw. dass bei Vorliegen einer Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn kein Anspruch auf Förderung besteht.

- 1.3. neben den beantragten und angegebenen Finanzierungsmitteln für das beschriebene Vorhaben keine anderen Mittel oder Vergünstigungen in Anspruch genommen werden.
- 1.4. ich/wir für das beschriebene Vorhaben
 - vorsteuerabzugsberechtigt,
 - teilweise vorsteuerabzugsberechtigt zu ...%,
 - nicht vorsteuerabzugsberechtigt,bin/sind.
- 1.5. ich meinen/wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern nachgekommen bin/sind.
- 1.6. kein Insolvenzverfahren gegen mich/uns unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, das unmittelbare Bestehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- 1.7. ich/wir die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen werde/n.
- 1.8. mir/uns bekannt ist, dass der Zuwendungsgeber die in den vorstehenden Ziffern sowie unten unter IV. 2. enthaltenen Tatsachen nach dem Zweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung als erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionengesetz i. V. m. § 1 des Thüringer Subventionengesetzes als subventionserheblich i. S. d. § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB bezeichnet mit der Konsequenz, dass ich mich/wir uns wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben über diese subventionserheblichen Tatsachen wegen Subventionsbetruges nach § 264 StGB strafbar machen kann/können.
- 1.9. mir/uns bekannt ist, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Bewilligungsbehörde über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten. Der Inhalt des § 264 StGB sowie der §§ 3 bis 5 Subventionengesetz ist mir/uns bekannt.
- 1.10. mir/uns bekannt ist, dass die beantragte Zuwendung erst nachschüssig (Erstattungsverfahren) nach Vorlage und Prüfung des Auszahlungsantrages und bezahlter Rechnungen ausgezahlt wird.
- 1.11. dass ich/wir bereit bin/sind, von dem zu fördernden Vorhaben vor Beginn und nach Beendigung Fotos anfertigen zu lassen.
- 1.12. mir/uns bekannt ist, dass die Bewilligungsbehörde zu Unrecht gezahlte Beträge zurückfordern und Verwaltungssanktionen festsetzen kann.
- 1.13. mir/uns die Datenschutzinformationen zur Verfügung gestellt wurden.

2. Fördergegenstandsspezifische Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

- 2.1. für dasselbe Objekt bzw. Vorhaben aus Mitteln zur Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung
 - noch keine Zuwendungen
 - Zuwendungen i. H. v.€gewährt wurden.
- 2.2. durch das beschriebene Vorhaben voraussichtlich
 - keinerlei Einnahmen erwirtschaftet werden.
 - Einnahmen während der Durchführung des Vorhabens erwirtschaftet werden (Angabe nur bei Vorhaben mit zuwendungsfähigen Ausgaben über 50.000 €).
 - Einnahmen nach Abschluss des Vorhabens erwirtschaftet werden (Angabe nur bei Vorhaben mit zuwendungsfähigen Ausgaben über 1,0 Mio. €).

2.3. ich/wir

- nicht
- als Landwirt/Forstwirt
- als land-/forstwirtschaftliches Unternehmen
- als sonstiges gewerbliches Unternehmen

unternehmerisch tätig bin/sind.

Sofern ich/wir unternehmerisch tätig bin/sind,

- habe/n ich/wir die Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger zur Kenntnis genommen und füge/n die De-minimis-Erklärung diesem Antrag bei.
- erkläre/n ich/wir weiterhin, dass das beantragte Vorhaben nicht der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Anhang I zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) dient.

2.4. ich/wir

- Eigentümer (aktueller Grundbuchauszug ist beizufügen)
- Erbbauberechtigter (das Erbbaugrundbuchblatt ist beizufügen)
- Erwerber (der notarielle Kaufvertrag und der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung sind beizufügen)
- Inhaber eines auf mindestens 15 Jahre abgeschlossenen Nutzungsvertrages (der Nutzungsvertrag ist beizufügen)

bin/sind.

2.5. ich/wir

- keine Website habe/n
- folgende Website habe/n:

.....

2.6. ich/wir die Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten zur Kenntnis genommen haben.

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben und der beigefügten Unterlagen.

.....
Ort, Datum

.....
Stempel/Dienstsiegel und rechtsgültige
Unterschrift/en Antragsteller

.....
Name/n in Druckbuchstaben

Anlagen

1. Von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:

- Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens
- Fotos vom Standort des Vorhabens
- Lageplan mit Kennzeichnung des beantragten Objektes
- Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)
- Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)
- Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)
- Bestätigung der LEADER-RAG zur Einhaltung der RES (nur wenn 10 %-LEADER-Bonus beantragt wird)
- Aktueller Grundbuchauszug als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse (entsprechend IV.

2.4)

- Notariell abgeschlossener Kaufvertrag zum Nachweis des Eigentumserwerbs (entsprechend IV. 2.4)
- Erbbaugrundbuchblatt (entsprechend IV. 2.4)
- Nutzungsvertrag (entsprechend IV. 2.4)
- Stellungnahme Planungsbüro (nur Förderschwerpunkte)
- Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde (auch bei bestehendem Umgebungsschutz notwendig z. B. Kirchengrundstück)

2. Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen:

- Kostenberechnung (DIN 276 oder gleichwertig mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)
- Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (wenn Eigenmittel >10.000 €)
- Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen), mindestens schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss (jeweils im Original und in Kopie)

3. Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen:

- 3 vergleichbare Angebote
- Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen (zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Monat); (nicht bei Vorsteuerabzugsberechtigung)
- Handelsregister-, Vereinsregisterauszug
- Nachweis Gemeinnützigkeit
- De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur für Unternehmen)
- Kontoauszugskopien, Sparsbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparsbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä. (wenn Eigenmittel am Vorhaben >10.000 €)

4. Sonstige Anlagen:

-
-
-

Stellungnahme der Gemeinde:

.....

.....
 (Ort, Datum)

.....
 (Stempel/Unterschrift)